Aus den Ländern

Schulleiterkonferenz: LV Berlin formuliert Erwartungen zur Ausbildungsreform

Am 9. Oktober 2017 trafen sich die Schulleitungen der 32 im BLGS Landesverband Berlin organisierten Pflegeschulen, um sich über ihre Erwartungen und Forderungen zum Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) zu verständigen. Wie die Schulen sich im Einzelnen auf die neue Situation einstellen können, welche Aufgaben vor ihnen liegen, welche Bedingungen für die Umsetzung nötig sind und wie die Zusammenarbeit mit den vielen Einsatzorten der praktischen Ausbildung und den Landesbehörden gestaltet werden kann, sind drängende Fragen, die hier in einem Workshop bearbeitet wurden. Zentrales Ergebnis war ein konsentierter Erwartungs- und Forderungskatalog für die zukünftige Pflegeausbildung.

Dieser Katalog diente u.a. als Grundlage für ein Treffen von Vertretern des BLGS-Landesverbandes mit der Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Dilek Kolat, und ihrer Staatssekretärin Barbara König am 18. Oktober. Der BLGS konnte der Senatorin die Perspektive der Schulen differenziert darlegen und konkrete Erwartungen zur Umsetzung des PflBRefG auf Landesebene artikulieren. Diese wurden interessiert und wohlwollend aufgenommen. Die Schulleiterkonferenz einigte sich auf folgende Punkte:

Bewährte und erhaltenswerte Maßnahmen

- Die Schulen erstellen gemeinsam mit der zuständigen Behörde ein verbindliches Merkblatt über die Rahmenbedingungen zentraler schriftlicher Examen sowie schulspezifischer mündlicher und praktischer Prüfungen
- Praktische Examen finden unter Beteiligung von Lehrkräften und Praxisanleitern als Einzelprüfungen mit mindestens sechs Stunden Zeitumfang statt
- Die Zulassung zur Prüfung hängt von Vornoten ab, die in Jahreszeugnissen ausgewiesen werden; die Mindestnote beträgt 4,0
- Die (stellvertretenden) Prüfungsvorsitzenden kommen aus der Berufsgruppe der Pflegenden
- Die Ausbildung fokussiert pflegerische Inhalte und beinhaltet wissenschaftliche Themen
- Der Lehrer-Schüler-Schlüssel bleibt erhalten
- Die Schulen verantworten Ausbildungs-, Praxis- und Urlaubsplanung
- Die Lehrkräfte sind auf Masterniveau qualifiziert

Optionen für Kooperationsmodelle

- Schulen sollen auch Ausbildungsträger sein können
- Verbund- bzw. Kooperationsmodelle zwischen Schulen sollen unterstützt und auch länderübergreifend ermöglicht werden
- Kooperationen zwischen Hochschule, Schulen und Trägern der praktischen Ausbildung sollen unterstützt werden

Zusammenarbeit mit den Trägern

- Bildung von Netzwerken und Kooperationen
- Fokussierung auf die Generalistik mit anschließender Spezialisierung
- Gesamtverantwortung der Schule in Bezug auf: Vernetzung der zentralen Praxisplanung mit theoretischer Ausbildung, gemeinsame Ausbildungspläne und Curricula, Rahmenlehrplan für die praktische Ausbildung, zentrale Stabsstellen für die Ausbildungskoordination in großen Trägereinrichtungen
- Auswahl der Auszubildenden gemeinsam durch Schule und Träger

Verantwortung der Behörden

- Einheitliche Regelung unter einer Senatsbehörde (Ausbildungsbeginn, Lehrerausbildung- und Anerkennung, Prüfungsverfahren, Rahmenlehrplan)
- Wahrnehmung der Kontrollfunktion (Praktische Ausbildung, gesetzliche Regelungen zur Zulassung von Schulen)
- Ermöglichung von Teilzeitausbildung

Am Ende der Konferenz entstand ein Bild von der Pflege als einem einheitlichen, europäisch anerkannten, bedarfsgerechten, autonomen und attraktivem Beruf mit einer Anhebung der Qualifikation von Praxisanleitern, verpflichtenden Praxiscurricula, einer generellen Fortbildungspflicht sowie geregelten Weiterbildungen, auskömmlich finanzierten Schulbudgets und Ausbildungspauschalen, von Auszubildenden unabhängigen Stellenschlüsseln und selbstverständlich kooperierenden Ausbildungsverbünden.

Stephan Heske
Landesvorstand Berlin